

Volksblatt

Nummer 13

Freitag, den 14. Januar

Jahrgang 1927

Kreisblatt des
Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes,
von Bürgermeister
Herrn und Herrn
des Kreises Borken.
Organ
der Zentrumspartei

Geht zu den
Bocholt, Borken, 14.
Jahrgang 1927
Herausgeber: J. Schürmann.
Anhalt: W. Wolling.
Verlag: Th. Pörsch.
Verlagsort:
Bocholt 1.

Mussolinis Bündnispolitik.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß Mussolini oft in geradezu herausfordernden Worten erklärte, wie sich Italien aus eigener Kraft den ihm im Rate der Völker zustehenden Platz erobern würde. Mehr als einmal erregten seine Äußerungen an der Seine und in der Dalmatie, geschweige denn bei den übrigen Mächten, nicht geringen Anstoß und der Duce stand in seinem allzu guten Mute. Eine andere natürliche Folge seiner Reden war, daß Italien zuletzt ganz isoliert stand, und daß gleichzeitig der erhoffte Aufstieg in immer größere Ferne rückte.

Mit dem ihm eigenen scharfen politischen Blick hat der Duce noch rechtzeitig die Fehler seines Vorgehens erkannt und sofort das Steuer seiner Außenpolitik umgelegt. Vor allem hatte Mussolini wohl gemerkt, daß er die Engländer durch seine Hinweise auf Malta etwas vor den Kopf gestoßen hatte und suchte daher zunächst, wenn auch im Geheimen, mit dem englischen Außenminister Chamberlain in Verbindung zu treten. Im April 1926 fand die erste Zusammenkunft der beiden Staatsleute in Rapallo statt, der bald eine zweite Begegnung in Livorno folgte. Im Juni wurde das bereits wenige Monate vorher geschlossene italienisch-spanische Bündnis bekannt, das besonders in Paris großes Aufsehen erregte, wenn es das französische Außenministerium auch nicht zugeben wollte. Dann lenkte Mussolini seine Blicke auf den Balkan, der nach dem Kriege immer das Ziel der italienischen Außenpolitik geworden war. Durch geschickte Verhandlungen gelang es ihm, einen Schiedsvertrag mit Rumänien zu schließen, in dem die Garantie des Besitzes von Bessarabien eine Rolle gespielt hat. Hatte schon dieses Bündnis in Belgien großen Anstoß erregt, so war die Aufregung dort geradezu ungeheuer, als in ersten Dezemberjahren 1926 der Abschluß des italienisch-ungarischen Vertrages bekannt wurde. Der serbische Außenminister Nikitchich mußte zurücktreten, da er einnahm, daß seine ganze bisherige Politik gescheitert war.

Wenige Wochen später ging Mussolini auch mit Deutschland einen Schiedsvertrag ein, der zwar keine wesentlichen Bedingungen enthält, dem aber trotzdem von vielen Seiten eine besondere Bedeutung zugesprochen wird. In einzelnen Außenministerien spricht man sogar davon, daß er eine Neuorientierung von ganz Mitteleuropa im Gefolge haben würde. Und nun kommt aus Budapest die Nachricht, daß der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen in allerhöchster Zeit nach Rom fahren würde, um mit Mussolini über einen italienisch-ungarischen Schiedsvertrag zu sprechen, der nach dem Vorbilde des rumänischen abgeschlossen werden soll.

Man kann sich denken, welche Wirkung diese Nachricht in Belgien gehabt hat. Wiederum sieht man, daß die panlawistische Politik, die man dort Schulters an Schulters mit der Tschekoslowakei getrieben hat, vollständig schiffbruch gelitten hat. Nunmehr steht Jugoslawien vollkommen allein, die kleine Entente, die in erster Linie gegen Ungarn geschlossen war, hat ihren eigentlichen Zweck verfehlt und ihr Schöpfer, der tschechische Außenminister Benesch, soll sich bereits auch mit dem Gedanken tragen, seinen Posten niederzulegen. Da zudem Rumänien die Politik Serbiens auf dem Balkan schon seit längerer Zeit nicht mehr billigt und sich auch an den Vorstößen gegen Bulgarien nicht mehr beteiligt, so hat auch die kleine Entente im Innern einen schweren Schlag erlitten. Benesch selbst soll eingesehen haben, daß seine panlawistische Politik mit der ausgesprochenen Absicht, das Deutsche Reich in der Tschekoslowakei völlig zu unterdrücken, keinen Erfolg mehr haben kann, und so steht Jugoslawien völlig isoliert, die alte Freundschaft mit Italien, die durch ein Bündnis nur wenig eingestärkt war, löst sich wieder in der alten Stärke auf.

Interessant sind die Nachrichten über die Grundsätze, auf denen Graf Bethlen angeblich verhandelt will. Man nimmt an, daß er mit Mussolini in erster Linie die Königsfrage Ungarns besprechen will und zwar soll nicht nur eine Entscheidung über die Veränderung der Staatsform besprochen werden, sondern er will auch die Personenfrage lösen. Graf Bethlen will bekanntlich den Erzherzog Albrecht als König berufen und befristet gleichzeitig dessen Verheiratung mit der jüngsten Tochter des rumänischen Königspaars, der jetzt 18-jährigen Prinzessin Jiliana. Endlich will Graf Bethlen in Rumänien eine Freizone für Ungarn gewinnen. Die Vereinigung des ungarischen und rumänischen Königsreiches spielt im letzten Sommer schon einmal eine große Rolle, allerdings war damals an eine Personalunion gedacht, indem Kronprinz Karol gleichzeitig mit seiner väterlichen Krone auch die Stephanskronen erhalten sollte, doch wurde gleich auf das Unwahrscheinliche dieses Vorwages hingewiesen, schon mit Rücksicht auf die verworrenen Verhältnisse in der rumänischen Königsfamilie.

Da Italien mit Rumänien einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hat, würde in Bessarabien die Unterdrückung Italiens kaum empfunden werden. Allerdings müßte in gewisser Hinsicht ein Ausgleich der beiderseitigen Gebiete Ungarns und Rumaniens stattfinden. Hierbei ist Graf Bethlen persönlich besonders interessiert, da seine Vorfahren bekanntlich die Beherrscher von Siebenbürgen waren, das später mit Ungarn

Curtius vor dem Ende.

Die Besprechungen
zwischen Curtius, Stresemann,
von Guérard und Stegerwald.

Von unserer Berliner Redaktion.
:: Berlin, 13. Januar (Draht).

Die auf eine Lösung der Regierungskrise gerichteten Bestrebungen kamen, rein äußerlich gesehen, am Donnerstag kaum einen Schritt vorwärts. Um die Mittagsstunde empfing Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius die Führer der Arbeitgeberverbände, um mit ihnen die gleichen Fragen zu besprechen, die am Mittwoch den Gegenstand der Beratung mit den Vertretern der Gewerkschaften gebildet hatten. Zu dieser Besprechung erschienen u. a. die Herren Frowein, Kraemer und Geheimrat Kahl vom Reichsverband, Minister a. D. Hamme vom Industrie- und Handels-, Präsident Brauweiler und Geheimrat Vorig von der Arbeitgebervereinigung.

Die von der Fraktion des Zentrums gewünschte Unterbrechung zwischen Dr. Curtius und Dr. Stresemann einerseits und den Vorführern des Zentrums andererseits fand heute nachmittag 5 Uhr im Reichswirtschaftsministerium statt. Von Seiten des Zentrums nahmen an der Besprechung die Abgeordneten von Guérard und Stegerwald teil. Die von der volksparteilichen Presse verbreitete Meldung, daß auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in der Sitzung anwesend gewesen sei, trifft nicht zu. Die Vertreter des Zentrums legten den beiden Herren von der Deutschen Volkspartei nochmals die schweren Bedenken dar, auf die in der Entschlebung der Zentrumsfraktion hingewiesen wird. Wie verlautet, soll Dr. Curtius sehr überrascht gewesen sein, als ihm die energische Stellung des Zentrums zur Annahme gebracht wurde. Von volksparteilicher Seite aus wird darauf aufmerksam gemacht, daß mit Rücksicht auf die Ende Januar ablaufende Frist zur Erledigung der Restpunkte der Entwurfsauftragungen und mit Rücksicht auf die im März stattfindende Wollersbündelung mit dem Gedanken an eine Reichstagsauflösung nicht gespielt werden soll. Bekanntlich wünscht das Zentrum in erster Linie ebenfalls keine Neuwahlen, sondern möchte die Krise möglichst bald

lösen, jedoch nicht mit Dr. Curtius als Reichsführer.

Die Besprechung im Reichswirtschaftsministerium zog sich bis kurz vor 8 Uhr hin. Das Ergebnis war, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden. Dr. Curtius wird im Laufe des Freitags die vom Zentrum vorgebrachten Bedenken den Deutschnationalen zur Kenntnis bringen.

Die Zentrumsfraktion, die auf Donnerstag 6 Uhr einberufen war, konnte erst um 8 Uhr mit der Sitzung beginnen, die jedoch nur von ganz kurzer Dauer war. Die beiden Unterführer berichteten nur in aller Gehörigkeit von der Lage der Dinge, die am Mittwoch den Gegenstand der Beratung mit den Vertretern der Gewerkschaften gebildet hatten. Ueber Einzelheiten aus der Unterbrechung im Reichswirtschaftsministerium wird strenges Stillschweigen bewahrt. Die Zentrumsfraktion ist auf Freitag nachmittag 5 Uhr zu einer endgültigen Stellungnahme erneut einberufen. Hoffentlich ist die Lage dann aber auch so geklärt, daß ein definitives Wort gesprochen werden kann.

Hast man alle Fäden und Wider zusammen, so kommt man zu dem Befehl, daß Dr. Curtius seinen Auftrag voraussichtlich in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegen wird. Jedemfalls wird er morgen abend nach der Fraktionsführung des Zentrums dem Reichspräsidenten seinen abschließenden Bericht erstatten.

Ueber die Persönlichkeit, die Herr von Hindenburg nach Curtius mit der Neubildung einer Reichsregierung betrauen wird, laufen wieder die verschiedensten Versionen um. U. a. wird der Name Stegerwald wieder recht vernehmlich laut. Wir geben dieses Gerücht wieder, um der Chronistikpflicht zu genügen, nicht aber um damit zu behaupten, daß die Entwicklung tatsächlich diesen Gang nehmen wird.

Im Anschluß an die Besprechung mit v. Guérard und Stegerwald konferierte Dr. Curtius längere Zeit allein mit dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann.

Der nächste Tag des Reichstages ist für Freitag nachmittag 4 Uhr einberufen worden, um die politische Lage zu besprechen und darüber zu entscheiden, ob die nächste Plenarsitzung, wie in Aussicht genommen war, schon am nächsten Mittwoch, den 19. Jan., stattfinden kann.

Dr. Curtius die Umwege liebt. Wir wollen uns nicht die Aufgabe des „Berliner Tageblatts“ zu eigen machen, das den Verdacht ausspricht, er habe, da die Ablehnung seiner Pläne durch die Freien und Christlich-Deutschen Gewerkschaften von vornherein feststand, „auf dem Umweg über die Christlichen Gewerkschaften, die ihre politische Vertretung sowohl in der Zentrumspartei als auch bei den Deutschnationalen finden, das Zentrum für seine Reichsblockpläne geneigter machen“ wollen. Dafür halten wir Herrn Curtius für zu klug. Denn er kann doch nicht darüber im Unklaren sein, daß zum mindesten der größere Teil der christlichen Arbeiter von einem Reichskabinett ebensowenig etwas wissen will wie die sozialistische Organisation. Dann aber wird er ja auch wohl wissen, daß ein Druck von außen in dieser Situation ein Mittel ist, das ohne weiteres einen Festschlag herbeiführen muß. Wir glauben daher nicht, daß er solche Absichten bei den Empfängen der Organisationsvertreter gehabt hat. Dagegen haben wir den Eindruck, daß er ein etwas umständlicher Herr ist. Denn sonst würde er ja wohl schon am Dienstag, spätestens aber am Mittwochabend zu der Einsicht gelang sein müssen, daß er nicht in der Lage ist, den ihm vom Reichspräsidenten erteilten Auftrag auszuführen. Oder sollte etwa diese Weisheitslosigkeit der Ausdrucksweise großen Energie sein, die seine Freunde an ihm rühmen? Dann würde er sie an falscher Stelle angewandt haben. Der richtige Weg des Herrn Curtius kann nur wieder in das Haus des Reichspräsidenten führen, um das Mandat in seine Hände zurückzugeben.

Dr. Curtius ist, das sei bemerkt, ein Mann, der sich als Reichswirtschaftsminister, wie auch als Mensch wohl bei allen Parteien Wertschätzung erworben hat. Bezeichnend ist, daß man in Kreisen, die ihm näher stehen, ganz offen sagt, daß er zu wertvoll für den Posten des Reichswirtschaftsministers und daß es eigentlich schade sei, ihn auf dem Kanzlerposten zu verdrängen. Nun, wenn nicht alles täuscht, wird dieser Verdrang für erste nicht in Frage kommen. Wie die Dinge liegen, ist ein Reichskabinett zur Zeit unmöglich, für die Führung eines Kabinetts der Mitte aber ist Dr. Curtius, zumal nach dem, was in den letzten Tagen vorangegangen ist, nicht der richtige Mann. In etwa sieht das auch die „Kölnische Zeitung“ bereits ein. Sie läßt in ihrer zweiten Morgenauflage vom Donnerstag wenigstens schon den Gedanken eines Kabinetts der Mitte unter Zentrumsführung mit Anlehnung an die Deutschnationalen aufkommen.

„Katholische“ Kritik am Zentrum.

Es gibt bekanntlich einige katholische Geistliche, die Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei sind. Einer von ihnen ist auch Reichstagsabgeordneter. Aber es scheint ein anderer zu sein, der seine Meinung über die Regierungskrise in einer Zurschiffung an die „Kölnische Volkszeitung“ zum Ausdruck bringt. Denn dem schlesischen Pfarrer Wolf, eine so unbedeutende Rolle er auch in seiner Fraktion spielt, trauen wir doch etwas mehr zu als das, was dieser angebliche Konfessionar von ihm dem Essener Blatt zugefandelt hat.

Der Verfasser der Zurschiffung geht von der Abkündigung über das Jugendgesetz aus. Hierbei habe sich so heist es weiter, „die Einheitsfront aller Leute von Anstand und Verstand im deutschen Vaterland vom Zentrum bis zu den Völkischen“ ergeben. Es gebe also „eine große, dauernde, feste und zuverlässige Mehrheit für Volk, Vaterland, Glaube und Ehre, Freiheit und Kraft des Vaterlandes“. Aber auf das Zentrum sei kaum ernstlich zu rechnen, und so liege das Schicksal Deutschlands einzig und allein in den Händen der Deutschen Volkspartei und der Bayern. Die Deutsche Volkspartei brauche sich nur zu bestimmen, auf ihren Namen, ihre Gründung und ihre Geschichte, und die ganze unerträgliche Annäherung und Unwahrhaftigkeit, der ganze Terrorismus, die ganze Stellenlägererei der schwarz-rot-goldenen Minderheit“ sei zu Ende.

Das hat, wie gesagt, nach Mitteilung der „Köln. Volksztg.“ ihr ein katholischer Geistlicher geschrieben. Von einem kulturpolitischen Gesichtspunkt aus gehend, baut er die stärksten Hoffnungen auf die Deutsche Volkspartei, von der er doch eigentlich wissen muß, daß sie aus der Nationalliberalen Partei, der schlimmsten Kulturkämpfer-Partei, hervorgegangen ist. Selbst die scharf rechts gerichtete „Kölnische Volksztg.“ steht sich veranlagt zu diesen Äußerungen zu bemerken, daß sie die in ihnen betonte einseitige kulturpolitische Auffassung der Situation für abwegig halte und insbesondere der Gruppierung der Parteien um das „Schund- und Schmutzgesetz“ bei weitem nicht die zentrale Bedeutung zu messen könne, wie es der Essener tue. Wir sind ganz gewiß nicht der Meinung, daß Kulturpolitik eine quantitativ negligeable sei. Sieht doch das Zentrum seit seiner Gründung in vorderster Front im kulturpolitischen Kampf. Aber in dem vom Krieg, revolutionären Willen und Inflation heimgesuchten Deutschland gibt es nun selber auch noch andere wichtige politische Gebiete, die nicht vernachlässigt werden können. Und es liegt nicht am Zentrum, daß die Deutschnationalen aus der Vergangenheit nichts oder nur herganz wenig gelernt haben, daß sie nicht einsehen wollen, daß die Außenpolitik eines entworfenen Volkswirtschaftlichen Mittelstadiums geführt werden muß als die einer Macht in schimmernder Wehr. Kulturpolitische Ziele brennen uns augenblicklich nicht auf den Nägeln, noch

vereinigt wurde, durch den Weltkrieg aber an Rumänien gefallen ist.

Auch in Prag verfolgt man diesen Heiratsplan mit besonderer Aufmerksamkeit. Man hat immer den Verdacht, daß die künftige Reise der früheren Kaiserin Jita nach Paris die Absicht gehabt habe, dort die Zustimmung französischer Kreise zu erlangen, daß die Kaiserin auf den ungarischen Thron zurückkehren. Dagegen hätte man sich in Prag wohl weniger einzumischen, jedoch ist die Befürchtung nicht gering, daß die Kaiserin, wenn sie einmal in Ungarn wieder an der Regierung ist, auch die Herrschaft in Oesterreich erstreben. Um dieses zu vermeiden, will man neuerdings in Prag sogar dem Anstich Oesterreichs an Deutschland zustimmen, weil man dies für das kleinere Übel hält. Man sieht somit, wie gegenwärtig eigentlich ganz Mitteleuropa in großer Gärung ist. Die Komroffs Weltanschauung ist jedenfalls ein sehr wichtiges Ereignis, auf dessen Ausgang man gespannt sein kann. Die zahlreichen Auslegungen, welche dieser Reise gegeben werden, und die Bemerkungen, die sich an sie knüpfen, beweisen aber in erfreulicher Weise, daß die Rolle Deutschlands sich gegen die ersten Jahre der Nachkriegszeit bedeutend gehoben hat; das Deutsche Reich fängt wieder an, die ihm gebührende Rolle zu spielen.

Belgrad wegen der Komroffs Bethlens beunruhigt.

— Belgrad, 12. Jan. Die Nachricht über die beabsichtigte Reise des ungarischen Ministerpräsidenten nach Rom hat in hiesigen Kreisen eine große Ueberregung hervorgerufen, vor allem da hier bekannt wurde, daß die Reise auf Einladung Mussolinis erfolge, um in Rom einen italienisch-ungarischen Freundschaftsvertrag abzuschließen. Durch diesen Vertrag sollen drei für Ungarn wichtige Fragen gelöst werden: 1. Die Frage des Königtums in Ungarn und die Person des Herrschers, 2. die Frage der Thronbesteigung des Erzherzogs Albrecht mit Zustimmung und Unterstützung Italiens nach vorheriger Verhandlung mit der rumänischen Prinzessin Jiliana, 3. die Schaffung eines ungarischen Sektors in der Freizone von Timine.

Der Reichsrat.

— Berlin, 13. Januar.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag nachmittag seine erste öffentliche Sitzung im neuen Jahre ab. Da die Vorlagen über Zuckerzölle, Zuckersteuer und Brennstoffsteuer von der Tagesordnung abgesetzt wurden, hatte der Reichsrat nur kleine Vorlagen zu erledigen. Angenommen wurde u. a. ein Abkommen zwischen Deutschland und Polen über Bergversteuern, die durch die deutsch-polnische Grenze durchschnitten sind und ein weiteres deutsch-polnisches Abkommen über die Verwaltung der die Grenze bildenden Oder.

Der Reichsrat erklärte sich ferner einverstanden mit der Verordnung über Reichsmittelkosten auf Grund des Reichsbewertungsgesetzes für den ersten Hauptfeststellungszeitraum, sowie mit der Verordnung über die Verlegung der für den ersten Hauptfeststellungszeitraum festgestellten Einheitswerte auf die Länder und Gemeinden sowie mit der Verordnung zur Durchführung der Steuerkursfestsetzung auf den 31. Dezember 1926.

Umweg oder richtiger Weg?

Die Vertreter der Gewerkschaften haben dem befristeten Kanzler Dr. Curtius die Forderungen vorgebracht, die sie an die künftige Reichsregierung stellen. Auch Vertreter der Arbeitgeberverbände hat Dr. Curtius zu sich geladen. Die für ihn begeisterte „Kölnische Zeitung“ nennt das den „richtigen Weg“. Wir sind anderer Meinung. Die Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände haben mit der Regierungsbildung nichts zu tun. Sie ist Sache der politischen Parteien. Etwas anderes wäre es, wenn nach der Bildung des Kabinetts der Kanzler oder die zuständigen Minister mit den genannten Organisationen Besprechungen abhalten würden, um sich über ihre wirtschaftlichen und sozialen Wünsche zu unterrichten. Das hätte Sinn, wäre wertvoll. Aber daß Dr. Curtius, der als Reichswirtschaftsminister die Schmerzen der großen Berufsstände kennen muß, Vertreter dieser Organisationen zu sich bittet, — um sich von ihnen nicht nur sagen zu lassen, wo ihnen der Schuh drückt, sondern auch um zu vernehmen, wie sie sich zu seinen Kabinettsbildungsplänen stellen — das ist ein Novum, dem wir keinen Geschmack abgewinnen vermögen und das auch nicht in den Rahmen des parlamentarischen Systems paßt. Aber es gibt einen Präzedenzfall. Das „Berliner Tageblatt“ macht darauf aufmerksam:

„Als nach der kurzen, aber nicht desto weniger in ihren außen- und innenpolitischen Folgen so verhängnisvollen Episode des Kapp-Putsch wieder eine republikanische Regierung gebildet wurde, die für die Durchführung des Verfassungswortes von Weimar stärkere Garantien bieten sollte als ihre letzte Vorgängerin, da unternahm es die Gewerkschaften, die sich um die rasche Niederwerfung des Putschs unermüdet bemüht hatten, ihre Forderungen im Sinne jenes Programms dringlich anzumelden. Dieser Versuch nichtstaatlicher Organisationen, auf die Gestaltung der politischen Schicksale des Reichs einzuwirken, wurde von den Parteien, die damals bei allen nichtsozialistischen Parteien auf den schärfsten Widerstand stießen, und namentlich die beiden Parteien, die jetzt als Hauptträger des erstrebten Reichsblocks in Betracht kommen, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, konsequent nicht genugsam in der Beurteilung solcher Methoden, und wo irgend in der Zwischenzeit von neuem die Gewerkschaften auftraten, schloß die Gewerkschaften einen unbedingten Einfluß auf politische Gebiete geltend machen könnten, erkannten aus der Reichspressenetz die gleichen Töne entrüsteten Widerspruch.“

Und nunmehr nennt dies das volksparteiliche Blatt in Köln den „richtigen Weg“. Uns scheint, daß Herr

folgende Straß
Schneidermeister

[illegible]

